



39. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolution: „Den Staat Palästina anerkennen“

Auf dem 39. Deutschen Evangelischen Kirchentag (30. April – 04. Mai 2025) wurde in der Veranstaltung „Globalisierung am Ende? Deutscher Wohlstand in Zeiten von Krieg und Krisen“ die Resolution wie aufgeführt eingebracht und nach den Verfahrensregeln des Kirchentages abgestimmt.

Die formellen Bedingungen lauten u.a.:

- Der Resolutionstext enthält klare Forderungen und Adressat:innen.
- Auf nicht überprüfbare Fakten wird in der Argumentation verzichtet.
- Es sind mindestens 500 Teilnehmende zur Abstimmung anwesend.
- Nach dem Verlesen der Resolution besteht die Möglichkeit zu einer Gegenrede.
- Die Abstimmung erfolgt öffentlich, mit der Möglichkeit zur Äußerung der Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung.

Die große Mehrheit der Teilnehmenden dieser Veranstaltung unterstützte das Resolutionsanliegen.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag befürwortet, dass Antragsteller:innen mit diesem deutlichen Votum die Resolution an die Adressat:innen überreichen.

Im Namen unserer Teilnehmenden bitten wir alle Adressat:innen, sich mit den aufgeführten Forderungen auseinanderzusetzen und in einen konstruktiven Dialog mit den Antragstellenden zu treten.

Rückfragen zum Resolutionsverfahren des Deutschen Evangelischen Kirchentages senden Sie gerne an resolutionen@kirchentag.de.

Für den Kirchentag

Dr. Stefanie Rentsch

Programmleitung

39. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Für den Kirchentag

Joachim Gengenbach

Präsidiumsmitglied

39. Deutscher Evangelischer Kirchentag



Den Staat Palästina anerkennen

Statt auf Gewalt, Vertreibung und Tod zu setzen, braucht es Hoffnung und eine Zukunftsperspektive für die Menschen in Israel und Palästina. Sonst nähren die Erfahrungen von Gewalt nur neue Gewalt, Verzweiflung und Angst. Der 1948 gegründete Staat Israel ist mittlerweile von 161 Ländern anerkannt, seit 1993 auch von der PLO. Der im Jahr 1988 vom Palästinensischen Nationalrat ausgerufene Staat Palästina ist bereits von 147 Ländern anerkannt. Die Länder versprechen sich dadurch eine Stärkung der Kräfte, die eine Koexistenz beider Völker und eine Friedensregelung wollen. Frankreich überlegt aktuell, Palästina anzuerkennen. Bereits 1980 forderten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in der Deklaration von Venedig die Errichtung eines palästinensischen Staates neben Israel. 2012 beschloss die UN-Vollversammlung, dass Palästina in den Grenzen vom 4. Juni 1967 mit dem Westjordanland, dem Gazastreifen und Ost-Jerusalem einen Beobachterstatus erhält. Deutschland beteuert zwar, für eine Zwei-Staaten-Lösung zu sein, sagt aber, dass es Palästina erst nach erfolgreichen Verhandlungen zwischen Israel und Palästina, anerkennen wolle. Damit macht Deutschland seine Anerkennung des Staates Palästina von der Zustimmung Israels abhängig, dessen Regierung per Gesetz einen palästinensischen Staat ablehnt. Damit schwächt Deutschland auch den Einfluss der Europäischen Union und die Chance einer politischen Lösung der Palästina-Frage.

Ich fordere, dass Deutschland den Staat Palästina endlich anerkennt und das palästinensische Selbstbestimmungsrecht respektiert. Damit stärkt die Bundesregierung auch die europäische Stimme und die Friedensbemühungen arabischer Staaten wie auch jene Gruppen in der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft, die sich für die Koexistenz beider Völker einsetzen.

Adressaten: Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Antragsstellende: Ursula Mindermann